



Hauptabteilung INT

Team Asien



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Politischer Bericht / Kurzbericht

Thema:

Politischer Bericht zu aktuellen Problemen Indonesiens

Autor:

Henriette Litta

Ort/Datum:

Jakarta / Dez. 2005

Länder- / Regionalprogramm:

Indonesien



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

Yudhoyono tut sich schwer mit seinem Reformprogramm für Indonesien

Wegen mangelnder Regierungsleistung und nicht eingehaltener Wahlversprechen werden die Bürger ungeduldig mit Präsident ‚SBY‘ und seinem Kabinett

von Henriette Litta¹

Etwas mehr als ein Jahr nach Übernahme der Amtsgeschäfte befindet sich die indonesische Regierung unter Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, kurz genannt SBY, und Vizepräsident Jusuf Kalla unter erheblichem öffentlichen Druck. SBY ist der vierte indonesische Präsident seit dem Sturz des langjährigen autoritären Herrschers Suharto im Jahr 1998. Vorausgegangen waren ihm B. J. Habibie, Abdurrahman Wahid („Gus Dur“) sowie Megawati Sukarnoputri. Die politischen Herausforderungen des demokratischen Wandels konnten bisher von keiner Regierung erfolgreich angegangen werden. Sie scheiterten alle an ihren eigenen vollmundigen Versprechungen und dem Unvermögen, wenigstens einige davon in die Realität umzusetzen.

Auf SBY ruhen nun die Hoffnungen der Bürger, Stabilität und Reformeifer in die Politik zu bringen. Auch er hat während seines Wahlkampfes vieles versprochen und steht nun in der Bringschuld. Nach einem Jahr Regierungsführung wurde seine Politikbilanz zwar mit verhaltenem Wohlwollen, aber überwiegend kritisch in der Presse und Öffentlichkeit diskutiert. Zu wenig hat sich bisher für die Menschen verbessert, zu zögerlich werden Reformen auf den Weg gebracht, zu unentschlossen handelt die Regierung bei der Reform der Wirtschaft und der Bekämpfung der Korruption. Der öffentliche Druck auf die Regierung war noch nie so groß, und der Präsident hat verstanden, dass nichts anderes so maßgeblich für Erfolg oder Misserfolg seiner Regierung verantwortlich sein wird, wie die Durchsetzung des Rechts. Im Vergleich zur Situation Indonesiens vor nur einem halben Jahrzehnt hat das Land große Schritte auf dem Weg zur Konsolidierung der Demokratie und des Rechtsstaates gemacht.

¹ Henriette Litta M.A. ist Doktorandin im Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Derzeit absolviert sie im KAS-Büro Jakarta einen Forschungsaufenthalt.



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

Trotz aller Kritik gibt die bisherige Regierungsbilanz Yudhoyonos auch Anlass zum Optimismus. In Bezug auf die Pressefreiheit zeichnet sich in Indonesien ein positives Bild. Indonesische sowie ausländische Organisationen loben die kontinuierlichen Verbesserungen in der Garantie der Pressefreiheit seit dem Sturz Suhartos. Indonesien ist in diesem Bereich mittlerweile fast schon zu einem Musterstaat der Region Südostasien geworden, nachdem u.a. in Thailand und Malaysia massive Zensur stattfindet bzw. die Medien unter erheblichem Druck der Regierenden stehen. In diesem Jahr wurde von der internationalen Organisation „Reporter ohne Grenzen“ besonders positiv angemerkt, dass die Presse freien Zugang zur Krisenregion Aceh bekam. Nach dem Waffenstillstand mit den Rebellen in Aceh ist damit zu rechnen, dass sich die Pressefreiheit weiter konsolidiert und verbessert. Trotzdem bleiben Defizite in den Freiheitsrechten bestehen. In einem aktuellen Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ nimmt Indonesien Platz 105 von insgesamt 167 ein. Zwar ist dies im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung um zwölf Plätze und bedeutet die zweithöchste Platzierung in der Region nach Kambodscha. Aber die Position im Ranking ist immer noch so weit hinten, dass nicht von einer dauerhaft stabilen Lage der Pressefreiheit gesprochen werden kann. Problematisch ist weiterhin, dass die Pressefreiheit unter der amtierenden Regierung mitunter über andere Freiheitsrechte gestellt wird. So dürfen Reporter beispielsweise festgenommene Verdächtige im Gefängnis filmen, ohne dass deren Persönlichkeitsrechte gewahrt werden. Die Abwägung zwischen existierenden Freiheitsrechten wird in der Praxis unzureichend wahrgenommen. Zum zweiten werden Reporter in der Krisenregion Papua im Osten Indonesiens, wo die Bewohner ähnlich wie in Aceh um mehr Autonomie kämpfen, bei ihrer Arbeit behindert und sogar aus der Region verwiesen. Positive Entwicklungen im Bereich der Pressefreiheit sollten mit Vorsicht behandelt werden. Das demokratische Eis der Freiheitsrechte ist in Indonesien noch sehr dünn und kann bei auftretenden Krisen schnell einbrechen. Die Verwirklichung von Rechten hängt in Indonesien im Moment stark von der Herstellung der nationalen Sicherheit ab. Wenn Konflikte des Landes friedlich gelöst werden können, ist auch anzunehmen, dass sich die Freiheitsrechte verbessern.

Bei der Bekämpfung des fundamentalistischen Terrorismus zeigt sich die Regierung so entschlossen wie keine ihrer Vorgängerinnen. Ein erneuter Bombenanschlag auf der Ferieninsel Bali im Oktober dieses Jahres erschütterte das Land ein weiteres Mal. Bei der Fahndung nach den Hintermännern der Selbstmordattentäter konnte die indonesische Polizei den Top-Terroristen Azahari wenige Wochen nach dem Bombenanschlag ausfindig machen. Um sich seiner Verhaftung zu entziehen, sprengte sich Azahari vor den Augen der Polizei in die Luft. Der aus Malaysia stammende Azahari galt als eine der Schlüsselfiguren im regionalen Terrornetzwerk Jamaah Islamiyah, das mit al Qaida und den philippinischen Abu Sayyaf-Rebellen enge Beziehungen pflegt. Jamaah Islamiyah zeichnete für die Attentate auf Bali 2002 sowie auf das Marriott Hotel 2003 und auf die australische Botschaft in Jakarta 2004 verantwortlich. Auch für den Anschlag auf Bali in diesem Jahr gilt die Organisation als Hauptverdächtige.



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

Als größtes muslimisches Land der Welt ist Indonesien ein Schlüsselstaat im Kampf gegen den Terrorismus. Dabei kooperiert das Land eng mit seinen internationalen Verbündeten. Allerdings ermangelt es Indonesien an einer entschlossenen Rechtsdurchsetzung. Experten kritisieren, dass die Vernetzung innerhalb der Polizei und auch von der Polizei zur Regierung unzureichend sei. Es gebe kein funktionierendes Frühwarnsystem bzw. Terrorwarnungen würden nicht gründlich geprüft. Weitere virulente Probleme, die Indonesien immer noch zu einer relativ leichten Zielscheibe für Terroranschläge machen, sind die illegale Verfügbarkeit von Sprengstoff und der grenzüberschreitende Waffenschmuggel.

Trotz erster Regierungserfolge ist das größte Problem der jungen indonesischen Demokratie und die Ursache für fehlschlagende Reformversuche die mangelnde Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Die bisherigen Regierungen waren allesamt in den Strukturen und Überresten des Suharto-Autoritarismus gefangen, der über Indonesien in jahrzehntelanger Anstrengung ein Netz aus bürokratischem Nepotismus, oligarchischen Wirtschaftsverflechtungen und persönlichem Gewinnstreben gesponnen hat. Keiner Regierung gelang es bisher – und keine Regierung zeigte den notwendigen politischen Willen – diesen Strukturen ein modernes System der Herrschaft des Rechts entgegenzusetzen. Die amtierende Regierung bildet dabei keine Ausnahme. Auch SBY selbst und Teile seiner Administration gehörten zur Elite unter Suharto und haben dort Karriere gemacht.

Bislang ermangelte es der Regierung an fachlicher Professionalität und Koordinierung bei der öffentlichen Darstellung. Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Ministerien und ungeeignetes Regierungspersonal für eine effektive Entscheidungsfindung waren weitere schwerwiegende Probleme. SBY regierte ein Jahr lang mit einem so genannten „Regenbogenkabinett“, das von Anfang an wegen seiner Zusammensetzung und der Eignung seiner Mitglieder in der Kritik stand. Aktuell hat der Präsident eine Kabinettsumbildung angekündigt. Damit löst er ein Wahlversprechen von 2004 ein. Damals hatte er öffentlich sein Wort darauf gegeben, dass sein gesamtes Kabinett nach einem Jahr evaluiert und bei negativer Bewertung personell neu strukturiert werden würde. Die Kabinettsumbildung stellt eine große Chance für SBY's Politik dar. Zum einen stärkt die Evaluation der Minister die Glaubwürdigkeit des Präsidenten bei der Einlösung von Wahlversprechen; zum zweiten kann er durch die Kabinettsumbildung unterstreichen, dass seine Regierungsführung von den Maßstäben Kompetenz und Erfolgsbilanz geleitet wird.



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

Vor einem Jahr sah sich der frisch gewählte Präsident starken Oppositionskräften im Repräsentantenhaus gegenüber. Besonders die stärkste Partei Golkar und die PDI-P, Partei der abgewählten Präsidentin Megawati, waren SBY gegenüber kritisch eingestellt. Sein Kabinett formte der neue Präsident deshalb aus einem umfassenden Bündnis aus vielen kleinen Parteien sowie mit nur wenigen Ministern der Golkar-Partei. Als kurz nach der Wahl Vizepräsident Kalla den Parteivorsitz von Golkar übernahm, wandelte sich jedoch die Stimmung in der Partei. Golkar, als stärkste Fraktion im Repräsentantenhaus, unterstützte fortan die Politik des Präsidenten. Für die Ernennung neuer Minister ist der Präsident deshalb nicht mehr auf die breite Unterstützung aller kleinen Parteien angewiesen. Die Golkar hat allerdings schon Forderungen nach mehr Ministerposten angekündigt, da sie nun eine Gegenleistung für die Regierungsunterstützung erwartet. Von Präsidentenpalast wird verkündet, dass Professionalität und Kompetenz die obersten Ziele bei der Auswahl neuer Minister sind. Der Präsident hat zu diesem Zweck einen Marathon an Bewerbungsgesprächen angesetzt, der die am besten geeigneten Kandidaten für politische Ämter in der Regierung herausfiltern soll. Er persönlich leitet die Gespräche.

Die Kabinettsumbildung wird den Präsidenten allerdings von einem Problem nicht befreien: der Debatte um die Kompetenzen und Ambitionen des Vizepräsidenten Jusuf Kalla. SBY und Kalla gelten als zwei antagonistische Pole in der Politik, die mit sehr unterschiedlichen Politikstilen an die zu lösenden Probleme herantreten. Präsident Yudhoyono, ein ehemaliger General, gilt als wohlüberlegender Strategie, während Vizepräsident und Wirtschaftsunternehmer Kalla als pragmatischer, unkonventioneller Entscheider Schlagzeilen macht. Ausgiebig wird in der Öffentlichkeit über das spannungsvolle Verhältnis der beiden Politiker diskutiert. Beide dementieren, dass es Kompetenzstreitigkeiten gibt. Kalla beteuert, dass er die Richtlinien des Präsidenten strikt befolgt und seine eigenen politischen Ambitionen nicht mit seiner Amtsführung vermischt. Die Spekulationen der Presse über Meinungsverschiedenheiten zwischen SBY und Kalla sind aber nicht aus der Luft gegriffen. Der Vizepräsident ist ein Mann der klaren Worte. Er ergreift auch ohne Absprache mit dem Präsidenten die Initiative für Regierungsentscheidungen. Der Präsident selbst zeigt sich bisweilen unprofessionell in seiner Öffentlichkeitsarbeit. Zum Beispiel äußerte er sich öffentlich „schockiert“ über eine Budgeterhöhung des Präsidentenbüros um 57 Prozent in diesem Jahr - eine Entscheidung, die seine eigene Unterschrift trägt.

Wenn die Sorge um die eigene politische Zukunft bei SBY und Kalla nicht zur dominierenden Handlungskraft wird, kann ihnen zugetraut werden, aus ihren gegensätzlichen Eigenschaften politisches Kapital zu schlagen. Kalla ist sich bewusst, dass er – wenigstens im Moment – weder über die Popularität des Präsidenten noch über ähnlichen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt. Seine Wirkungskraft ist eng an die Stärke des Präsidenten gebunden. Dieser wiederum braucht seinen einflussreichen Vizepräsidenten, da sich Kalla weder scheut, in der Öffentlichkeit für



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

unpopuläre Entscheidungen zu werben noch unermüdlich neue Reformimpulse auszusenden. Der Vizepräsident leitete die Friedensverhandlungen mit der acehnesischen Unabhängigkeitsbewegung GAM. Zum Unterhändler der indonesischen Regierung in Aceh hatte ihn Präsidentin Megawati 2003 bestellt. Damals war er durch Besonnenheit und politische Entschlusskraft als eine der zentralen Figuren in der friedlichen Beilegung religiös motivierter Konflikte in Sulawesi aufgefallen. Mit der Amtsübernahme der neuen Regierung unter SBY kam in die Friedensverhandlungen in Aceh wieder mehr Bewegung. Der politische Wille zur Lösung des Konfliktes war unter dem neuen Präsidenten stärker geworden. Die Regierung zeigte sich den Rebellen gegenüber erstmals kompromissbereit. Den entscheidenden Wendepunkt im Friedensprozess leiteten allerdings die verheerenden Zerstörungen durch den Tsunami im Dezember 2004 ein. Die humanitäre Katastrophe in Aceh führte die Konfliktparteien zueinander. Nach 29 Jahren Bürgerkrieg kam es im August dieses Jahres unerwartet zügig zur Unterzeichnung eines Friedensschlusses. Darin wird den Rebellen Amnestie gewährt und der Region von der Regierung in Jakarta mehr Autonomie eingeräumt. Einige wichtige rechtliche Fragen, allen voran die Verfassungsmäßigkeit einer autonomen Provinz Aceh, sind allerdings noch ungeklärt.

Auch bei der Energiepolitik zeigte die Regierung Stärke. Als Konsequenz auf die weltweite Energiekrise wurden in diesem Jahr die Kerosinpreise in Indonesien um 125 Prozent erhöht. Mit dieser Erhöhung will die Regierung die Energiesubventionen drastisch reduzieren, um dem gigantischen Haushaltsloch entgegenzuwirken. Die Maßnahme rief im ganzen Land Proteste und Widerstand hervor. Vizepräsident Kalla leitete die Öffentlichkeitsarbeit, blieb auch trotz des Gegenwinds standhaft und verteidigte erfolgreich die Regierungspolitik. Der Preisanstieg wurde durch ein Kompensationspaket der Regierung an Teile der Bevölkerung begleitet. Coupons wurden bei Nachweis der Bedürftigkeit zur Verfügung gestellt. Bei der Vergabe dieser Gutscheine kam es allerdings auch zu Chaos und Missbrauch. Insgesamt ist die Maßnahme trotzdem als Erfolg zu bewerten. Die Regierung präsentierte sich souverän und entschlossen.

Mit ihren komplementären Führungseigenschaften haben SBY und Kalla die Chance, sich zu einem starken dynamischen Duo zu entwickeln, das tief greifende Reformen für Indonesien auf dem Weg zu Wirtschaftswachstum und demokratischer Rechtsstaatlichkeit initiieren kann. Für große Reformvorhaben, wie die Wirtschaftsliberalisierung, die Zusammenlegung großer Banken, die Förderung des Mittelstandes und die entschlossene Bekämpfung der Korruption in der Bürokratie fehlt der Regierung allerdings der nötige politische Wille und die Durchsetzungskraft. Reformbemühungen brauchen nicht nur ein kompetent handelndes Kabinett und eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit, sondern maßgeblich auch einen funktionierenden Verwaltungsapparat, der die Gesetze implementiert. Und besonders in der Bürokratie regiert nicht das Recht sondern der eigene Vorteil. Die Rechtsdurchsetzung wird in regionalen und lokalen Behörden behindert.



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

Zwar hat die Regierung seit ihrer Amtsübernahme einige wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Eine Kommission zur Bekämpfung der Korruption wurde ins Leben gerufen, die Korruptionsfälle prominenter Persönlichkeiten untersuchen und aufklären soll. Nach jahrelangem Drängen der OECD wird nun Geldwäsche in Indonesien schärfer bekämpft. Seit einer Gesetzesnovelle gibt es nun z. B. keine Mindestgeldsumme mehr, die für eine Aufnahme der Strafverfolgung notwendig ist. Seit Februar dieses Jahres ist Indonesien nun nicht mehr auf der OECD-Liste der unkooperativen Länder in Fragen der Geldwäsche. Das Gesundheitssystem wird verbessert: zum Beispiel erhalten Kinder nun kostenlose Impfungen. Das Budget für Bildung wurde angehoben, und etwa 200 neue Schulen wurden im letzten Jahr errichtet. Allerdings sind die positiven Effekte dieser Gesetze bislang nur geringfügig spürbar. Laut Analysen des indonesischen Politikmagazins „Tempo“ leben über 40 Millionen Indonesier in akuter Armut, vier Millionen mehr als noch im letzten Jahr. Krankheiten wie Tuberkulose, Dengue-Fieber und Polio forderten noch immer zahlreiche Todesopfer. Das AIDS-Programm der Vereinten Nationen stuft Indonesien nach wie vor als Land mit der dritthöchsten HIV-Quote in Asien ein. In Indonesien leben – nach offiziellen Schätzungen – über zwei Millionen Kinder, die keine Schule besucht haben und arbeiten müssen. Die geplante Erhöhung des Bildungsbudgets um zwanzig Prozent im kommenden Jahr und die Anhebung der Lehrergehälter sind bislang nur Lippenbekenntnisse: Das Bildungsbudget steigt jährlich an, allerdings kann mit dem Anstieg nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen werden. Im Jahr 2006 wird das Budget um etwa neun Prozent angehoben werden. Trotz verfassungsmäßiger Garantie der Menschenrechte werden Verletzungen nicht konsequent verfolgt, teilweise sogar ignoriert. Die Strukturen in der Polizei sind durch den jahrzehntelangen Autoritarismus geprägt. Eine umfassende Personalreform steht noch immer aus. Die Verwirklichung der Menschenrechte in Indonesien schreitet deshalb nur langsam voran. Rechte sind oft lediglich Rechte auf dem Papier.

Die indonesische Wirtschaft verzeichnet ein jährliches Wachstum von ungefähr fünf Prozentpunkten. In diesem Jahr wird es, laut aktuellen Analysen der Weltbank, etwa 5,7 Prozent betragen. Allerdings ist dieses Wirtschaftswachstum weniger eine Regierungsleistung als ein Zusammenspiel von Krediten und ausländischen Investitionen. Durch das Ignorieren von langfristig zielenden Wirtschaftsstrategien während des Suharto-Regimes leidet Indonesien noch heute unter den Folgen der asiatischen Wirtschaftskrise von 1997/1998. Der Export von Gütern und Dienstleistungen ist laut Medienberichten in der zweiten Hälfte des Jahres von 17,1 auf 7,3 Prozent gesunken. Zudem wird erwartet, dass die Inflationsrate zum Jahresende auf etwa zwanzig Prozent ansteigen wird. Grund dafür ist die Explosion der Benzinpreise in diesem Jahr als Reaktion auf die weltweite Energiekrise. Die Annäherung der Energiepreise an das internationale Niveau und die drastische Reduzierung der Brenn- und Treibstoffsubventionen seitens der Regierung haben zu einer massiven Entwertung der indonesischen Rupiah in der zweiten Jahreshälfte geführt. In den kommenden Jahren wird Indonesien weiterhin in starkem Maße von



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

internationalen Finanzhilfen abhängig sein. Um langfristig die Wirtschaft anzukurbeln, muss die Regierung noch mehr als bisher versuchen, das Haushaltsdefizit zu verringern und verstärkt um ausländische Investoren zu werben. Für ausländische Investoren ist Indonesien ein risikoreiches Land. Die Regierung hat es bisher versäumt, wichtige Wirtschaftsreformen auf den Weg zu bringen und damit zu demonstrieren, dass das Land investitionsfreundlicher wird. Zwar steigen die Zahlen des Foreign Direct Investment (FDI) zaghaft an, doch macht, im Vergleich zu seinen Nachbarländern, das FDI in Indonesien einen sehr geringen Teil der gesamten Investitionen aus. Ausländische Firmen zögern, nach Indonesien zu kommen, da sie die Risiken des Markteintritts nicht kontrollieren können. Die Gesetzeslage gilt als instabil, und die bürokratischen Prozeduren sind unüberschaubar.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Regierung in Jakarta zwar einige positive Signale der Reformen aussendet, noch aber kolossale Aufgaben auf dem Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat unangetastet und ungelöst bleiben. Die dringlichste davon ist die Eindämmung der Korruption. Die Organisation „Transparency International“ stuft Indonesien als auf Rang 137 von insgesamt 159 Ländern ein. In der Region Südostasien ist nur noch die Militärdiktatur in Myanmar auf einem schlechteren Rang (155). Die anderen Staaten der Region, besonders Thailand und Malaysia, befinden sich laut der Analysen von „Transparency International“ auf mittleren Plätzen. Indonesien hat die UN-Konventionen gegen Korruption und gegen Organisierte Kriminalität bislang zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Berichte über Korruptionsvorfälle türmen sich in der Presse. Dutzende von Korruptionsvorwürfen wurden gegen Mitglieder der Exekutive und der Legislative erhoben. Besonders erdrückend wirkt eine aktuelle Schmiergeldaffäre beim Obersten Gerichtshof.

Zur Korruptionsbekämpfung hat die Regierung die so genannte „Corruption Eradication Commission“ ins Leben gerufen, die besonders gravierende Korruptionsfälle aufdecken und in die Öffentlichkeit tragen soll. In den Jahren 2002 bis 2004 wurden etwa eintausend Korruptionsfälle vor Gericht gebracht, jedoch nur einige wenige davon endeten mit strafrechtlichen Verurteilungen. Nepotismus, Oligarchie, Ämterhäufung und das Streben nach persönlicher Vorteilmahme auf Kosten der Gesellschaft sind in allen Ebenen der indonesischen Gesellschaft nach wie vor existent. Die Wirtschaftsverflechtungen zahlreicher Politiker werden von der Presse kritisiert. Von Seiten der Regierung wird allerdings wenig gegen die persönliche Interessenspolitik unternommen. Ohne zwingende Notwendigkeit beschloss das Parlament jüngst auch eine drastische Erhöhung der Abgeordnetenbezüge. Zum wirksamen Vorgehen gegen die allgemeine Mentalität der persönlichen Vorteilmahme ist die neu gegründete Kommission gegen Korruption nicht geeignet. Nicht nur gehen Indonesien durch die Korruption öffentliche Gelder verloren, die das Land dringend für Reformen bräuchte, vielmehr wird durch Egoismus und Nepotismus leichtfertig das Vertrauen der Bürger in die junge



Politischer Bericht zu aktuellen innenpolitischen Problemen Indonesiens

Dezember 2005

Demokratie erschüttert, Vertrauen, das nur unter schwierigsten Mitteln wiederhergestellt werden könnte, wie Präsident Susilo jüngst auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung selbst anmerkte: „... once you lose the people’s trust, you lose credibility and authority to govern in a way that would be extremely hard to recover from“. Im Ausblick auf die kommenden Jahre ist Korruption eines der massivsten Probleme Indonesiens. Von der effektiven Bekämpfung der Korruption wird maßgeblich abhängen, wie wirkungsvoll die Regierung ihre Reformagenda umsetzen kann.

Noch zum Ende des vorigen Jahres war Indonesien das optimistischste Land der Welt, was die Chancen für die Eindämmung der Korruption angeht, so konstatierte es „Transparency International“. Von diesem Optimismus ist nun nicht mehr viel übrig. Auch der Präsident selbst verabschiedete sich öffentlich von dem Versprechen, die Korruption beseitigen zu können. Welche programmatischen Preisgaben noch folgen werden, bleibt abzuwarten.